Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen
Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Sachsen
Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Sachsen

An den
Sächsischen Staatsminister des Innern
Herrn Armin Schuster

Offener Brief

Geplante Neuordnung der Hochschul-, Aus- und Fortbildungsstrukturen

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die geplante Zusammenführung der Hochschul-, Aus- und Fortbildungseinrichtungen ist ein weitreichender Eingriff in gewachsene und leistungsfähige Strukturen. Sie betrifft unmittelbar die Beschäftigten sowie die Qualität von Ausbildung, Studium und Fortbildung der sächsischen Polizei.

GdP, DPolG und BDK sehen die bisherige Entwicklung mit großer Sorge. Insbesondere kritisieren wir, dass die Polizeigewerkschaften trotz der erheblichen Auswirkungen auf Beschäftigte und Polizei bislang nicht frühzeitig und strukturiert in die konzeptionellen Überlegungen einbezogen wurden. Bei einer Reform dieser Größenordnung reicht es nicht aus, erst dann das Gespräch zu suchen, wenn wesentliche Entscheidungen bereits vorbereitet sind.

Eine Reform dieser Größenordnung darf nicht über die Köpfe der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften hinweg organisiert werden.

Die angekündigte Gesprächsbereitschaft begrüßen wir. Der Austausch muss jedoch zeitnah, gemeinsam mit allen drei Berufsvertretungen und vor der vorgesehenen Kabinettsbefassung stattfinden.

Unsere Argumente müssen noch tatsächlichen Einfluss auf die künftige Organisationsstruktur und die gesetzliche Ausgestaltung nehmen können.

Die am 4. September 2026 vorgestellten und uns offiziell zur Verfügung gestellten Arbeitsergebnisse der Projektgruppe zeigen, dass wesentliche Fragen weiterhin offen sind. Für den Studienbereich wird aktuell kein strukturelles Einsparpotenzial gesehen. Für den Ausbildungsbereich wird ausdrücklich festgestellt, dass kein finanzielles Sparpotenzial besteht. Bei der Zentralisierung der Anwärterverwaltung werden zusätzliche Kosten erwartet. Zugleich benennt die Projektgruppe einen grundlegenden Konflikt zwischen einer einheitlichen Verwaltung und dem besonderen Status der Polizei. Dieser Konflikt berührt nach Einschätzung der Projektgruppe die Funktionsfähigkeit der Polizei in Krisen und Einsatzlagen. Er muss deshalb vor einer gesetzlichen Regelung abschließend geklärt werden.

Eine Fusion ist kein Selbstzweck – wer bewährte Strukturen aufgibt, muss nachweisen, was dadurch tatsächlich besser wird.

Umso kritischer sehen wir die vorgesehene Reihenfolge des weiteren Verfahrens. Nach der vorgelegten Planung sollen zunächst die Gesamtstruktur entschieden und der Gesetzentwurf fertiggestellt werden. Erst danach ist die Einbindung der Personalvertretungen und Gremien vorgesehen. Eine echte Beteiligung muss vor den maßgeblichen Strukturentscheidungen stattfinden und darf nicht auf eine nachträgliche Anhörung reduziert werden.

Bis heute ist nicht überzeugend dargelegt, welchen konkreten fachlichen, organisatorischen oder wirtschaftlichen Mehrwert die Zusammenführung schaffen soll. Allgemeine Aussagen zu Synergien, Vernetzung und Digitalisierung ersetzen keinen belastbaren Nachweis. Wer funktionierende Strukturen grundlegend verändert, muss nachvollziehbar darlegen, was dadurch besser wird, welche Kosten entstehen und welche Risiken damit verbunden sind.

Für uns ist die besondere Stellung der Polizei entscheidend. Polizeiliche Ausbildung, Studium und Fortbildung sind Teil der Sicherheitsarchitektur des Freistaates. Sie müssen dauerhaft eng mit der polizeilichen Praxis und den Führungsstrukturen der sächsischen Polizei verbunden bleiben.

Die besonderen Anforderungen an Personalführung, Auswahl und Einstellung, Dienst- und Fachaufsicht, IT, Informationssicherheit sowie die Einsatz- und Krisenfähigkeit müssen verbindlich abgesichert werden. Der für die Polizei zuständige Teil der Hochschulleitung muss über klar geregelte eigene Fach-, Führungs- und Entscheidungskompetenzen verfügen. Die unmittelbare Steuerungsfähigkeit der Polizeiführung darf nicht geschwächt werden.



© GdP

Die Polizei darf in einer allgemeinen Hochschulstruktur weder organisatorisch noch fachlich ihre notwendige Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit verlieren.

In der derzeit bekannten Ausgestaltung können wir die geplante Zusammenführung nicht mittragen. Dies ist keine Absage an Veränderungen, Kooperationen oder eine sinnvolle Modernisierung der Bildungslandschaft. Wir sind bereit, gemeinsam über tragfähige Lösungen zu sprechen. Voraussetzung ist jedoch, dass die unterschiedlichen Modelle anhand nachvollziehbarer fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Kriterien miteinander verglichen werden. Dabei muss auch geprüft werden, ob die bewährten Strukturen bei einer stärkeren Zusammenarbeit der Einrichtungen erhalten bleiben können.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Polizeigewerkschaften jetzt unmittelbar in den weiteren Prozess einzubeziehen und die offenen Fragen zu klären, bevor unumkehrbare Strukturentscheidungen getroffen werden. Eine Reform dieser Größenordnung muss daran gemessen werden, ob sie dauerhaft funktioniert, die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und die Leistungsfähigkeit der sächsischen Polizei stärkt.

Wir erwarten deshalb kurzfristig einen gemeinsamen Gesprächstermin mit GdP, DPolG und BDK. Die vollständigen Ergebnisse der Strukturprüfung und der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung müssen vorgelegt und die offenen Fragen geklärt werden, bevor die Gesamtstruktur abschließend festgelegt und der Gesetzentwurf dem Kabinett zugeleitet wird.

Wir sind gesprächsbereit – aber Gesprächsbereitschaft ist keine Zustimmung und Beteiligung darf keine Formalie sein.

Jan Krumlovsky	Cathleen Martin	Torsten Schmortte
GdP Sachsen	DPolG Sachsen	BDK Sachsen

Der Grund dieses Briefes aller Polizeiberufsvertretungen ist der Plan von Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) zur Fusion der Verwaltungshochschule mit der Polizeihochschule, dem Justizausbildungszentrum Bobritzsch und der Landesfeuerwehrschule. Das soll die Effizienz steigern und Kosten sparen. Auch der Senat der Verwaltungshochschule Meißen und der Senat der Polizeihochschule lehnen diese Fusion ab und begründen das mit harten Fakten. —

IMPRESSUM

Redaktion:
Reinhard Gärtner (v. i. S. d. P.)
Tel.: 01590.1992900
Fax: 03581.769566
E-Mail: redaktion@dpolg-sachsen.de

Landesgeschäftsstelle:
Theresienstraße 15
01097 Dresden

Tel.: 0351.4716828
Fax: 0351.8113684
E-Mail: geschaeftsstelle@DPolG-sachsen.de

Geschäftszeit:
Dienstag von 9 Uhr bis 17 Uhr
Mittwoch von 8 Uhr bis 14 Uhr
Donnerstag von 8 Uhr bis 14 Uhr

ISSN 0815-0513



Los geht's.



Der Tourenplan

Wolfram Schneider und Wolfgang Kreher luden zu schönen Radtouren ein

Da wir in diesem Jahr von unseren Radtouren nichts veröffentlichten, sollten diese Berichte ein Beitrag zu allen Touren des Jahres 2026 sein.

Wir trafen uns in einer kleinen Runde und bei schönem Wetter in Grimma auf einem Parkplatz neben einem Einkaufszentrum am 2. September 2026. Planmäßig starteten wir um 11 Uhr und die Tour führte uns auf eine stillgelegte Bahntrasse in Richtung Neubau der Autobahnbrücke der A 14. Unterwegs konnten wir die Absturzstelle eines Hubschraubers der Bundeswehr sehen. Dort starben leider alle Insassen.

Weiter auf der Strecke kamen wir über Döben, Golzern, Nitzschka, Dehnitz nach Wurzen, eine kleine Stadt in der Nähe von Grimma, bekannt durch die Keksproduktion. Nach einer Mittagspause setzten wir unsere Tour wieder in Richtung Grimma über Deuben, Bennewitz, Trebsen und Bahren fort. Gegen 16 Uhr beendeten wir unseren schönen Ausflug an einer Eisdiele in Grimma.

Am 6. Oktober 2026, 11 Uhr, trafen sich die Teilnehmer zu unserer letzten Radtour 2026 am Bahnhof in Pockau. Hier starteten wir in Richtung Olbernhau. In Nennigmühle, einem Ortsteil von Pockau-Lengefeld, bogen wir in Richtung Sorgau ab. Hier war der erste steile Berg zu meistern, aber wir sind ja alle E-Bike-Fahrer. In Sorgau konnten wir eine schöne Aussicht auf Blumenau bei wunderbarem Wetter genießen. Nach einer steilen Abfahrt gelangten wir nach Blumenau. Hier folgten wir dem Radweg nach Olbernhau ins Zentrum. Weiter ging's in Richtung Rungstocktal. Hier ging's wieder bergauf zum „Anton-Günther-Stein". Nach einer kurzen Pause bewunderten wir die schöne Aussicht nach Olbernhau-Grünthal bis hin zum „Schwartenberg" nach Neuhausen. Die Tour führte uns dann weiter nach Olbernhau-Grünthal bergab, wo wir in Brandau eine Mittagspause einlegten. Danach fuhren wir auf einer wenig befahrenen Straße zum „Poppschen Gut" in Richtung Kleinneuschönberg und dann nach Hallbach, bei weiteren schönen Aussichten auf Olbernhau.

Wir danken den Organisatoren für die schönen und interessanten Touren von etwa 46 km und würden uns für die Zukunft eine größere Zahl Teilnehmer wünschen.

Manfred Kreher



Auch bei einem Denkmal erfolgte ein Halt.



© eigene Fotos (4)

Die Türme der Wurzner Keksfabrik

Innere Sicherheit von morgen beginnt mit den Entscheidungen von heute

Wir waren zu Gast im Sächsischen Landtag, wo auf Einladung der CDU-Fraktion über die Zukunft der Inneren Sicherheit diskutiert wurde.

Mit dabei war Manuel Ostermann, Bundesvorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, der die Perspektive der Polizeipraxis und der Kolleginnen und Kollegen in die Diskussion einbrachte. Gemeinsam mit Christian Hartmann, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, diskutierte er über aktuelle und zukünftige Herausforderungen für unsere Sicherheitsbehörden. Moderiert wurde die Runde von Ronny Wähner, innen- und kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Ostermann richtete den Blick dabei bewusst nach vorn: Künstliche Intelligenz, hybride Bedrohungen, Drohnenabwehr, Clan-Kriminalität und der Schutz kritischer Infrastruktur werden die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden zunehmend prägen. Gleichzeitig braucht es eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, weniger bürokratische Hürden und Strukturen, die mit der Geschwindigkeit neuer Entwicklungen Schritt halten können.

Doch moderne Technik allein schafft keine Sicherheit. Am Ende sind es Menschen, die für unsere Sicherheit einstehen.

Deshalb gehören für uns auch Personalgewinnung, Personalbindung, attraktive Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung unserer Kolleginnen und Kollegen ganz oben auf die Agenda.

Für die DPolG bedeutet eine zukunftsfähige Innere Sicherheit deshalb beides: moderne Sicherheitsbehörden und starke Rahmenbedingungen für die Menschen, die in ihnen arbeiten.



© DPolG

Manuel Ostermann brachte einen Grundgedanken zum Abschluss auf den Punkt:

„Ohne Sicherheit keine Freiheit. Ohne Freiheit keine Demokratie."

Vielen Dank für den offenen Austausch. –

In Gedenken

Am 7. Januar 2026 verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriges aktives Mitglied Peter Leonhardt im Alter von 68 Jahren. Peter war vielen Mitgliedern gut bekannt.

In tiefer Betroffenheit und Anteilnahme nahmen wir das Ableben erst spät zur Kenntnis.

Wir werden Peter ein ehrendes Andenken bewahren.

Es ist egal, zu welchem Zeitpunkt man einen Menschen verliert, es ist immer zu früh und es tut immer weh.

Wir wünschen den Hinterbliebenen viel Kraft.

Reinhard Gärtner,
Landesredakteur


© DPolG Bund